

HAUPTSTADTBRIEF KLAUS-PETER WILLSCH MDB

2014 / Ausgabe 124 - 06. November 2014



**SEHR GEEHRTE DAMEN UND HERREN,
LIEBE FREUNDE,**

heute hat der Deutsche Bundestag leider mit großer Mehrheit beschlossen, dass auch Banken direkt Geld aus dem ESM bekommen können, wenn sie in Schieflage geraten sind und der Sitzstaat selbst nicht mehr rettend eingreifen kann. Das ist leider ein weiterer Schritt auf dem Weg in eine europäische Schuldengemeinschaft. Zudem haftet jetzt die kleine Kreissparkasse und Genossenschaftsbank für die Risiken, die eine Großbank in den Schuldenstaaten eingeht. Das ist ungerecht!

Ich konnte meiner Fraktion in dieser Sache nicht folgen und habe mit „Nein“ gestimmt. Meine Erklärung finden Sie auf Seite 2.

„Doch wie niedrig ist das Risiko für den Steuerzahler wirklich? Die Bilanzsumme der Banken in den Krisenländern Griechenland, Portugal, Irland, Spanien, Zypern und Italien beläuft sich zusammen auf 9.074.800.000.000 Euro. Für acht Prozent dieser Summe haften zukünftig die Eigentümer und große Gläubiger, für bis zu fünf Prozent der neue Bankenrettungsfonds. Das läppische Restrisiko von 7,9 Billionen Euro trägt der Steuerzahler.“ Auszug aus meiner persönlichen Erklärung

IN DIESER AUSGABE

*Direkte Bankenrekapitalisierung
aus dem ESM*

25 Jahre Mauerfall

*Raumfahrt:
Alexander Gerst kommt zurück*

Büro Berlin:

Klaus-Peter Willsch MdB
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel.: (030) 227 73124
Fax: (030) 227 76124
klaus-peter.willsch@bundestag.de
www.klaus-peter-willsch.de

Wahlkreisbüro:

Klaus-Peter Willsch MdB
Hirsenstr. 13
65329 Hohenstein
Tel.: (06120) 91 00 51
Fax: (06120) 91 00 52
klaus-peter.willsch.wk@bundestag.de



ERKLÄRUNG ZUR ABSTIMMUNG

Ich stimme gegen das Gesetzespaket, mit dem die direkte Rekapitalisierung von Finanzinstituten aus dem ESM ermöglicht werden soll. Die vergangenen fünf Jahre Euro-Krise sollten uns alle misstrauisch machen, wenn Finanzhilfen als „ultima ratio“ im Raum stehen. Stets versucht man uns weiszumachen, dass damit Risiken für den deutschen Steuerzahler reduziert werden, dabei setzen wir den Steuerzahler immer größeren und qualitativ neuen Risiken aus.

Wir unterlaufen mit Zahlungen an Banken, für die eigentlich der jeweilige Sitzstaat verantwortlich ist, auch zugleich die Maastrichtkriterien. Viele haben es vielleicht schon vergessen und verdrängt, aber die 60-Prozent-Grenze Gesamtverschuldung in Verhältnis zum Bruttoinlandsprodukt ist immer noch gültig! Zahlungen des ESM an Banken wirken sich nicht erhöhend auf den Schuldenstand des Sitzlandes aus und schaffen somit zusätzliche Verschuldungsmöglichkeiten, die nach aller Erfahrung lustvoll ausgeschöpft werden.

Bisher war eine Rekapitalisierung von Finanzinstituten innerhalb der Eurozone nur indirekt möglich, d.h., die Kredite wurden an den betroffenen Staat gegeben, der diese dann an die jeweiligen angeschlagenen Banken weiterleitete. Banken können – zumindest in der Theorie – Pleite gehen, wer würde dann die Kredite zurückzahlen? Banken kommen und gehen, die Staaten bleiben. Ein von mir in Auftrag gegebenes Gutachten des Wissenschaftlichen Dienstes des Deutschen Bundestages hat noch einmal bestätigt, dass im Falle der Abwicklung eines mit direkten Finanzhilfen aus dem ESM unterstützten Finanzinstituts nicht der Sitzstaat, sondern die Bank Schuldner ist. Ein Forderungsausfall des ESM wird sich damit im Rahmen der anteiligen Gläubigerbefriedigung bis hin zum Totalausfall ergeben. Der Anteil, der nicht zurückgezahlt wird, belastet das Ergebnis des ESM und ist von den Anteilseignern gemäß ihrer Quote zu erbringen; das sind für den

deutschen Steuerzahler derzeit rund 27 Prozent.

Nun sollen Hilfgelder doch als „letzte Haftungsstufe“ direkt aus dem ESM an Pleitebanken fließen! „Haftungskaskade“ ist ein schönes Wort, es ist aber nur Augenwischerei. Zunächst sollen Eigentümer und große Gläubiger der Banken haften. Diese müssen acht Prozent der Bilanzsumme der von einer Insolvenz bedrohten Bank beisteuern. Für weitere fünf Prozent der Bilanzsumme soll in einer zweiten Haftungsstufe ein aus Bankenabgaben gespeister Bankenfonds in Anspruch genommen werden. Dieser Fonds wird allerdings erst in acht Jahren seine Zielgröße von 55 Mrd. Euro erreichen. Wenn der Sitzstaat der angeschlagenen Bank durch Deckung einer verbleibenden Kapitallücke überfordert erscheint, sollen dann die Instrumente der indirekten und – nun neu und noch risikoreicher – direkten Bankenrekapitalisierung aus dem Euro-Rettungsschirm ESM in Anspruch genommen werden. Die direkte Zahlung an Banken soll zwar durch Beschluss des ESM-Gouverneursrat auf 60 Mrd. Euro gedeckelt werden. In Zeiten der „Eurorettung“ seit 2010 hatten solche Wertgrenzen allerdings meist eine kurze Verfallszeit; sie dienten mehr der Erlangung der Bundestagszustimmung.

In den entsprechenden Dokumenten heißt es schon: „Unbeschadet des Verfahrens zur Überprüfung des maximalen Darlehensvolumens gemäß Artikel 10 Absatz 1 des Vertrags kann der Gouverneursrat beschließen, die anfänglich auf 60 Mrd. EUR festgesetzte Obergrenze anzupassen, sofern dies notwendig und angemessen ist.“ Die 60 Mrd. Euro Obergrenze kann also sehr schnell angepasst werden.

Doch wie niedrig ist das Risiko für den Steuerzahler wirklich? Die Bilanzsumme der Banken in den Krisenländern Griechenland, Portugal, Irland, Spanien, Zypern und Italien beläuft sich zusammen auf 9.074.800.000.000 Euro (in Worten: über neun Billionen). Für acht Prozent dieser Summe haften zukünftig die Eigentümer und

große Gläubiger, für bis zu fünf Prozent der neue Bankenrettungsfonds (sog. „bail-in“). Das läppische Restrisiko von 87 Prozent (= 7,9 Billionen Euro) trägt der Steuerzahler. Dies ist natürlich nur das theoretische Risiko.

Rechnen wir das Haftungsrisiko einmal anhand der portugiesischen Großbank Banco Espírito Santo (BES) durch, die vor kurzem mithilfe von EFSF-Mitteln indirekt rekapitalisiert worden ist. Hätte das Instrument der direkten Kapitalisierung aus dem ESM, das wir erst beschließen sollen, schon zur Verfügung gestanden, wären die Gelder mit Sicherheit direkt aus dem Rettungsschirm an die Bank geflossen. Die Rechnung ist ganz einfach: Die Bilanzsumme der BES beträgt 80,6 Mrd. Euro. In der ersten Haftungsrunde werden Eigentümer und private Gläubiger mit 6,448 Mrd. Euro (= acht Prozent) beteiligt. Auf den 55-Milliarden-Euro-Fonds der Banken entfallen weitere 4,03 Mrd. Euro (= fünf Prozent, allerdings erst nach Auffüllung). Den Rest der Zeche von 70,122 Mrd. Euro hängt am ESM, an dem Deutschland mit 27 Prozent beteiligt ist. Im schlimmsten Fall haftet also der deutsche Steuerzahler für rund 19 Mrd. Euro einer portugiesischen Bank. Bevor nun der Einwand kommt, die BES habe nur 4,4 Mrd. Euro an EFSF-Mitteln bekommen und wäre mithilfe der neuen Haftungskaskade bereits in Runde 1 abgefangen worden, entgegne ich, dass einfach nicht mehr Geld zur Verfügung stand. Man hat den letzten Rest aus dem 78 Mrd. Euro schwerem Programm, das im Herbst 2010 beschlossen worden war, zusammengekratzt. Ich wünsche es mir nicht, aber es besteht zumindest die Gefahr, dass uns die „Rettung“ dieser Bank irgendwann einmal wieder beschäftigen wird.

Über welche Summen wir beim Thema Bankenrettung sprechen, habe ich nicht nur weiter oben vorgerechnet, es gibt auch bereits Referenzfälle. So wurde für die indirekte Rekapitalisierung spanischer Banken im Sommer 2012 ein maximales ESM-Programmvolumen von bis zu 100 Mrd. Euro beschlossen. Benötigt wurden letztendlich „nur“ 41,5 Mrd. Euro. Wir sehen aber bereits hieran, in welchen Sphären wir uns bewegen.

Der Bankenfonds von 55 Mrd. ist lächerlich klein. Außerdem soll er erst in acht Jahren gefüllt sein. Ein Experte hat bei der Öffentlichen Anhörung vor dem Finanzausschuss gesagt: „Ich weiß gar nicht wie das funktionieren soll.“ Da habe ich mir gedacht: Dann sind wir ja schon zu zweit. Das kann nicht funktionieren und ist wahrscheinlich auch schon intern eingepreist.

Ein Banken-Bail-out soll zwar mithilfe der neuen Bankenaufsicht verhindert werden. Aber die EZB, bei der die Aufsicht verortet ist, ist selbst Teil des Spiels. Sie hat haufenweise Schrottpapiere aufgekauft und plant dies künftig in noch größerem Maße zu tun. Wenn die EZB eine dieser Banken abwickelt, verhagelt sie sich ihre eigene Bilanz. Ich rechne eher damit, dass die Banken künstlich am Leben erhalten werden – entgegen allen Regeln des Marktes, die wir ohnehin schon lange fahrlässig außer Kraft gesetzt haben. Im Ergebnis züchten wir uns wie in Japan immer mehr Zombie-Banken heran. Und wenn dann doch einmal eine dieser Banken Bankrott geht, wird der betroffene Staat die Verantwortung auf die EZB schieben. Die Aufsicht hat versagt, also muss der ESM haften und nicht der Euro-Mitgliedstaat. Irgendwann platzt hier unweigerlich die Bombe.

Aus all diesen Erwägungen und noch vielen mehr, stimme ich mit Nein.

Gez. Klaus-Peter Willsch

25 JAHRE MAUERFALL

Der 9. November 1989 ist einer der glücklichsten Tage in der deutschen Geschichte. In einer einzigen Nacht verlor die Mauer ihren Schrecken und ihre Macht. Mehr als 28 Jahre lang diente dieses menschenverachtende Sperrwerk nur einem einzigen Zweck: Es sollte Menschen ein- und die Freiheit aussperren. Über all die Jahre seit dem Mauerbau 1961 tat die Partei- und Staatsführung der SED alles, um die Grenze

noch undurchlässiger und menschenfeindlicher zu machen. Doch am 9. November siegten Freiheit und Vernunft.

Wir erinnern uns alle an diesen wunderbaren Tag und blicken mit Stolz und Dankbarkeit zurück auf die friedliche Revolution des Jahres 1989. Am Freitag werden wir daher den Tag im Plenum mit einer ganz besonderen Gedenkfeier beginnen und in der anschließenden Debatte dann die Brücke ins Heute schlagen. Unser Dank gilt vor allem den vielen mutigen Frauen und Männern, deren Furchtlosigkeit und Beharrlichkeit die Unrechtsherrschaft der SED zum Einsturz brachte.

Als im Oktober 1989 immer deutlicher wurde, dass die sowjetische Armee als Schutzmacht der Herrschenden in der DDR nicht länger für Einsätze zur Unterdrückung zur Verfügung stand, zerbrach die einheitssozialistische Herrschaft innerhalb kürzester Zeit. Die Menschen in der ehemaligen DDR ließen sich dabei weder durch die Zersetzungsarbeit der Stasi brechen noch durch die bewaffneten Organe der DDR aufhalten.

Nichts an dieser Entwicklung war selbstverständlich, aber sie war auch nicht zufällig. Die Geschichte liegt in der Hand der Menschen, sie ist eben keine Abfolge von Ereignissen, deren Ergebnisse von vorneherein feststehen. Vielmehr sehen Menschen Chancen und ergreifen sie, sie wagen etwas. In ihrem Wagemut haben die Menschen in der DDR eines deutlich zu Tage treten lassen: Der Staat der SED und die Teilung Deutschlands waren keinesfalls die einzig logische Antwort auf die Entwicklung der deutschen Geschichte. Das Heldenjahr 1989 hat bewiesen: Niemand brauchte die DDR – nur die einsam Herrschenden.

Ohne die sowjetische Armee, ohne den Zwang der SED war ein zweites Deutschland weder zu halten noch zu erklären. Die DDR verlor ihre Einwohner durch immer mehr Ausreisen. Der Reformdruck stieg täglich. Aus dem trotzigem Ausruf der Demonstrierenden „*Wir sind das Volk*“ wurde rasch „*Wir sind ein Volk*.“ Die

Erinnerung daran hilft, nicht ablenken zu lassen von irrigen Versuchen, das SED-Regime zu einem Staat wie jeden anderen umzudeuten.

Für die Revolutionäre des Jahres 1989 bestand kein Zweifel: Die DDR, der Staat der SED, war ein Unrechtsstaat, den sie überwinden wollten. Die Menschen hatten neben den Ergebnissen jahrzehntelanger Misswirtschaft genug von Gängelung, Günstlingswirtschaft und Bspitzelung. In der DDR entschieden nicht zuerst Können oder das Recht über den Lebensweg der Menschen, sondern Willkür und Parteilichkeit.

Ich habe Respekt vor jedem Leben, das in diesem Unrecht gestaltet werden musste. Doch darf man darüber nicht das Wesen des SED-Staates vergessen machen. Deswegen ist es auch nach 25 Jahren nicht normal, den selbsternannten Erben dieser Partei die Staatskanzlei des Freistaates Thüringen auszuliefern. „Bündnis 90“ scheint bei den Grünen nur noch im Namen vorzukommen.

Die SPD arbeitet seit zwanzig Jahren daran, die SED wieder salonfähig zu machen. 1994 ließen sich die Sozialdemokraten in Sachsen-Anhalt von den Kommunisten tolerieren. Zwanzig Jahre später ist der Machthunger der SPD so groß, dass ein Rot-Rot(-Grünes) Bündnis für den Bund 2017 angestrebt wird. Die Ereignisse in Thüringen sind nichts anderes als Vorarbeiten dafür.

Nicht weniger empörend ist der dreiste Diebstahl der markanten weißen Mauerkreuze an der Spree in der Nähe des Reistags. Die Kreuze wurde dort einst aufgestellt, um an Menschen zu erinnern, die auf der Flucht in die Freiheit ermordet wurden. Die Kreuze tragen die Namen der Toten. Am hellichten Tag zerstörten linke Schmutzfinken ein Denkmal für die Opfer des SED-Regimes.

Die Täter inszenieren sich als Kämpfer für die Gerechtigkeit und setzen die Mauer mit der Außengrenze der Europäischen Union gleich. Die Täter sollten sich schämen! Sie verhöhnen die Opfer und deren

Hinterbliebene, indem sie sich in der Presse mit dem Diebstahl selbst beweihräuchern. Das ist eine Schande, die mit aller Härte bestraft werden muss!

RAUMFAHRT

Das äußerst spannende und ereignisreiche Kalenderjahr 2014 nähert sich in Bezug auf die deutsche Raumfahrt zwei weiteren ganz bedeutenden Höhepunkten. Als Vorsitzender der Parlamentsgruppe Luft- und Raumfahrt freue ich mich besonders über zwei anstehende „Landungen“.

Am Montag, den 10. November wird unser deutscher ESA-Astronaut Alexander Gerst nach 166 Tagen im All die Internationale Raumstation ISS wieder verlassen und auf die Erde zurückkehren.

Die Landung wird mit seiner Soyuzkapsel in der Steppe Kasachstans erfolgen. Anschließend wird Alexander nach Köln gebracht und dort im Forschungszentrum „:envihab“ medizinisch betreut. Er ist damit der erste europäische Astronaut, der nach seiner Mission direkt in Deutschland betreut wird. Alexander Gerst ist ein sympathischer junger Wissenschaftler, der es auf wunderbare Art und Weise geschafft hat, eine Begeisterung für die bemannte Raumfahrt in Deutschland zu erzeugen. Er ist ein gutes Vorbild für die Jugend und begeistert für naturwissenschaftliche Schul- und Studienfächer. Wir wünschen Alexander von Herzen eine gesunde Heimkehr und eine sichere Landung. Ich freue mich schon, dass er zu seinem ersten öffentlichen Termin auf der Erde am 13. Januar 2015 zum Neujahrsempfang der Parlamentsgruppe Luft- und Raumfahrt kommen wird.

Ein weiterer Höhepunkt der europäischen Raumfahrtgeschichte folgt am 12. November. Das im März 2004 gestartete Raumschiff Rosetta wird die Landesonde Philae auf dem Kometen „67P/Churyumov-Gerasimenko“ absetzen. 509.500.000 Kilometer werden Rosetta und Philae dann von der Erde entfernt sein, und ein Signal

wird über 28 Minuten aus dem All bis zur Erde benötigen.

Der Komet bewegt sich auf einer elliptischen Bahn zwischen Jupiter und Erde um die Sonne. Die Landung auf einem Kometen ist bisher noch nicht versucht worden und ist Ausdruck der Leistungsfähigkeit und der Innovationskraft der europäischen Raumfahrt. Amerikaner, Chinesen und Russen schauen gespannt auf diese Landung, die uns Europäern nun gelingen wird. Von der Untersuchung des vier Kilometer großen Kometen erwarten wir uns wichtige Erkenntnisse über die Entstehung der Himmelskörper und unseres Sonnensystems. Für beide Landungen gilt es die Daumen zu drücken. Beide Ereignisse werden sicherlich auch viel Aufmerksamkeit in den Medien finden. Weitere Informationen und Live-Übertragungen dieser Events finden Sie unter www.dlr.de.

Ihr



Weiterleitung des Briefes

Ich darf Sie herzlich bitten, den Hauptstadtbrief möglichst breit im Familien- und Bekanntenkreis zu verteilen. Vielen Dank.

Aufnahme in den Verteiler

Wenn Sie in den E-Mail-Verteiler des Hauptstadtbriefes aufgenommen werden möchte, schicken Sie gerne eine formlose E-Mail an klaus-peter.willsch@bundestag.de.

Veröffentlichung

Mit dem Hauptstadtbrief möchte ich öffentlich zu tagespolitischen Ereignissen Stellung beziehen. Daher darf auch gerne aus dem Hauptstadtbrief zitiert werden.

Archiv

Im Archiv können Sie unter <http://bit.ly/ZXMTnN> in meinen vergangenen Hauptstadtbriefen stöbern. Viel Spaß bei der Lektüre!